



Berlin, 01. August 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wahlperiode des Deutschen Bundestages ist auf der Zielgeraden angelangt. Steuerpolitisch geht eine Periode zu Ende, in der so viele Steuergesetze verabschiedet wurden wie nie zuvor in einem Zeitraum von vier Jahren. Bei allen Gesetzesvorhaben war die DSTG zu den Anhörungen im Bundestags-Finanzausschuss geladen und hat vor diesem Gremium ihre Stellungnahmen und Meinungen vertreten. Nicht immer wurde auf uns gehört, dennoch möchte ich an dieser Stelle allen Abgeordneten des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages sehr herzlich danken für die gute und faire Behandlung und die enge Zusammenarbeit, die zwischen den Abgeordneten und der DSTG herrscht.

Dank sage ich vor allem dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Eduard Oswald, der engen Kontakt mit der DSTG pflegte und die DSTG-Vertreter in den Sitzungen immer mit besonderer Beachtung zu Wort kommen ließ.

Dass manchmal die Ratschläge der DSTG unberücksichtigt bleiben, ist normal. Etwas anderes kann man in einer pluralistischen Gesellschaft nicht erwarten. Es ist aber positiv anzumerken, dass die Damen und Herren im Finanzausschuss oftmals im Nachhinein zugeben mussten, die DSTG habe mit ihrer Meinung richtig gelegen. Nicht nur die Pendlerpauschale ist ein solches Beispiel. Zu der guten Kultur einer Demokratie gehört, dass dem Anderen zugehört, dass Argumente aufgenommen und geprüft werden. Wenn die Politik Ratschläge nicht aufnimmt und anders entscheidet, muss sie dies verantworten. Auch wenn vielerorts über die Abgeordneten geschimpft wird, die Mitglieder des Finanzausschusses haben intensiv gearbeitet und zuweilen nächtelang um Entscheidungen gerungen. Dies kann ich ihnen als enger Beobachter der Szene bescheinigen.

Die DSTG ist parteipolitisch neutral. Sie vertritt in Steuerfragen ihre Position, wobei ihre Kriterien - einfach, gerecht, praktikabel - vollziehbar sind. Darüber hinaus weisen wir bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass die Steuerverwaltung personell zu knapp bestückt ist. Dadurch geht Geld verloren. Mit mehr Personal in der Steuerverwaltung könnte die Steuerhinterziehung zurückgedrängt und die Staatsfinanzen erhöht werden. Diese Kritik wird in Berlin sehr wohl gehört, für das Personal aber sind die Länder zuständig.

Wir stellen Ihnen in der nächsten Ausgabe des Magazins zeitnah zum Wahltermin die steuerpolitischen Aussagen der Parteien in ihren Wahlprogrammen wertneutral dar. Wir sagen aber deutlich an dieser Stelle, dass wir für Steuersenkungen keinen Spielraum sehen. Machbar sind allenfalls verfassungsrechtlich gebotene Anhebungen der Grundfreibeträge und Abmilderungen im Progressionsverlauf. Gegebenenfalls müssen auch Korrekturen auf Grund von Verfassungsgerichtsurteilen umgesetzt werden (häusliches Arbeitszimmer, Kosten berufsbedingter Kinderbetreuungskosten). Mehr an Entlastungen geht in der nächsten Legislaturperiode sicher nicht.

Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe des Magazins die Damen und Herren Abgeordneten des Finanzausschusses vor, mit denen wir gut kooperiert haben.

Eine Wahlempfehlung geben wir bewusst nicht, weil Sie auch ohne Rat wissen, welcher Partei Sie was zutrauen. Eine Bitte allerdings an dieser Stelle: Gehen Sie alle zur Bundestagswahl und unterstützen Sie, soweit es Ihnen möglich ist, die Kandidatinnen und Kandidaten, die der DSTG gewogen sind. Nur so können wir die Macht des Stimmzettels nutzen, den einen durch Wiederwahl zu danken und andere aber abzuwählen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)